



# FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament  
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament  
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.org>  
<http://www.cdu-csu-ep.de>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 19. Dezember 2007

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

## **Erneute Verschiebung der EU-Richtlinie zu Gesundheitsdienstleistungen wäre unverständlich gewesen**

Nach Auffassung des stellvertretenden Koordinators im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments, Andreas Schwab, besteht ein breiter Konsens darüber, dass es auf dem Gebiet der Gesundheitsdienstleistungen Handlungsbedarf gibt. "Dieser Bedarf besteht unabhängig von den inhaltlichen Einzelheiten des heute vorgestellten Richtlinienentwurfs. Hinzu kommt, dass angesichts der laufenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in einer wachsenden Zahl von Fällen grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen legislative Klarheit geschaffen werden muss. Insofern wäre eine in Kommissionkreisen offensichtlich diskutierte erneute Verschiebung der EU-Richtlinie zu den Gesundheitsdienstleistungen wenig nachvollziehbar gewesen", so Schwab heute in Brüssel.

Der CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg bezeichnete es als besonders erstaunlich, dass offenbar ausgerechnet Kommissionsvizepräsidentin Margot Wallström auf eine Verschiebung des für heute angekündigten Richtlinienentwurfs um mindestens einen Monat gedrungen haben soll: "Hier stellt sich die Frage, ob die sonst mit der Aufgabe der kommunikativen Außendarstellung Europas befasste Kommissarin diese Richtlinie einfach verhindern wollte, obwohl doch eigentlich gerade ihr an einer positiven Wahrnehmung der Europäischen Union durch die Bürger besonders gelegen sein sollte".

Schwab unterstrich demgegenüber, dass die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkts für Gesundheitsdienstleistungen angesichts der wachsenden Mobilität der europäischen Bürgerinnen und Bürger dringend erforderlich sei. Dabei gehe es weder darum, Leistungen zu verringern, noch darum, Versorgungsstandards zu erhöhen. Richtschnur müsse allein das Prinzip der europaweiten gegenseitigen Anerkennung von grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen und die damit verbundene Schaffung von Mindeststandards sein. Erhöhten Diskussionsbedarf sieht der EVP-Binnenmarktpolitiker dagegen noch bei der Vorabgenehmigung, die nach gegenwärtigem Stand der Rechtsprechung für stationäre Behandlungen weiterhin gilt: "Tendenzen im Richtlinienentwurf der Kommission, diesen Grundsatz bei stationären Behandlungen aufzuweichen und an die freie Wahl im ambulanten Bereich anzugleichen, sollte aus Gründen der Planungssicherheit für die Krankenhäuser deshalb entgegen gewirkt werden. Unklar ist zudem, was der von der Kommission in ihrem Richtlinienentwurf vorgesehene Komitologie-Ausschuss genau regeln soll", so Schwab abschließend.

### **Für weitere Informationen:**

**Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847938**

**EVP-ED-Pressestelle, Knut Gözl, Tel.: +32 - 479 - 972144**

---

**CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**  
Knut Gözl, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 97 21 44 (GSM)  
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder +32 - 478 - 21 53 72 (GSM)  
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)  
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044